



«Probleme? Herausforderungen!»

In die Politik einsteigen wollte sie nie, Regierungsrätin werden schon gar nicht – und jetzt steht Barbara Janom Steiner ungefährdet vor ihrer zweiten Wiederwahl in die Regierung. Ein kalter Wind weht nur aus dem Oberengadin.

Mit Barbara Janom Steiner sprach Reto Furter

Frau Janom Steiner, Sie stehen vor den letzten vier Jahren in der Bündner Regierung, wenn Sie wiedergewählt werden. Und die Wiederwahl scheint Ihnen keine Sorgen zu bereiten.

Barbara Janom Steiner: Ich bin zuversichtlich, dass mir die Wahl gelingen könnte und bin auch motiviert, die nächsten vier Jahre anzugehen und die laufenden Projekte gut abzuschliessen.

Sie erhalten gute Noten von der Bündner Bevölkerung. Sie sind Klassenbeste und drücken den Schnitt nach oben.

Nein, nein, so ist es auch nicht. Ich habe einige Dossiers und Projekte betreut, die im Grossen Rat auf Zustimmung stiessen und die ich dann auch umsetzen konnte. Das betrifft zum Beispiel die Spital- und Pflegefinanzierung in meinem früheren Departement und jetzt die Finanzausgleichsreform im aktuellen Departement. Die Reform kam im Grossen Rat sehr gut an ...

Mit gewissen Ausnahmen.

Mit wenigen Ausnahmen, ja. Die Gemeindereform ist auf Kurs, die Gebietsreform wird in der Aprilsession im Rat diskutiert werden.

Sind Sie ein politisches Naturtalent?

Ich weiss nicht. Ich stamme aus einer unpolitischen Familie. Zwar wurde über Politik diskutiert, aber nie hat jemand ein politisches Amt besetzt oder war Mitglied einer Partei. Und auch ich habe mich bis zu meinem 30. Geburtstag überhaupt nicht politisch betätigt.

Und jetzt sind Sie Regierungsrätin? Wie das, ohne familiären Polittrucksack?

Als ich in Chur als Anwältin tätig war, wurde ich mehrfach angefragt, ob ich nicht in die Politik einsteigen wolle.

Ich habe mir das dann überlegt und auch, in welche Partei ich einsteigen wolle – entschieden habe ich mich für die damalige SVP, weil die FDP noch den EU-Beitritt anstrebte. Das kam für mich nicht infrage. Es war aber nie mein politisches Ziel, Regierungsrätin zu werden. Das hat sich so ergeben.

Jetzt sind Sie es und haben noch fast fünf schöne Jahre in der Regierung vor sich. Oder gibt es Probleme?

Probleme? Es gibt nur Herausforderungen.

Die Gebietsreform wurde klar angenommen. Und jetzt kommt plötzlich Widerstand seitens der Randregionen auf.

Der Widerstand bezieht sich nur, wenn man so will, auf die Organisation der Regionen.

Das ist für die Regionen wichtig. Für den Kanton natürlich weniger.

Es ist wichtig, ja, aber es ist ein Organisationsdetail in der Anschlussgesetzgebung, um die es im Grossen Rat in der Aprilsession nächste Woche gehen wird. Die Reform selbst war unbestritten. Dass es im Bereich der

Organisation aber Widerstand geben würde, war klar. Wir haben uns für schlanke Regionen ohne Parlamente entschieden, die Gemeindepräsidenten sollen eine starke Position haben. Dass jetzt in Regionen, die eine andere Organisation haben, Widerstand aufkommt, ist nicht überraschend. Was wir aber vorschlagen, basiert auf der Weichenstellung des Grossen Rates, die dieser 2011 vorgenommen hat.

Wahlen 18. Mai 2014
Kantonale Wahlen #GR14
 Weitere Infos: www.suedostschweiz.ch/dossier

Die Frage wird nur sein, ob sich der Grosse Rat an seine Weichenstellung erinnert.

Ich werde den Rat sicher daran erinnern ...

Das kommt gut an.

Ja, ja, ich weiss. Der Grosse Rat muss sich aber bewusst sein, dass er die Weichen für das vorgeschlagene Modell gestellt hat und dass grundlegende

Korrekturen eine Kehrtwende bedeuten würden.

Am kältesten weht der Wind derzeit in Sachen Bündner Finanzausgleich.

Ja, aber ich bin zuversichtlich, dass wir die Bündner Bevölkerung diesmal davon überzeugen können, dass die Finanzreform einerseits nötig und andererseits auch gut und fair für die Gemeinden ist.

Das sieht man im Oberengadin schon nicht ganz gleich.

Der kalte Wind stammt aus dem Oberengadin, aus den reichsten Gemeinden des Kantons. Dazu kommen noch ein paar reiche Wasserzinsgemeinden. Es ist nicht überraschend, dass sich genau diese paar Gemeinden gegen die Finanzausgleichsreform stellen und das Referendum ergriffen haben. Immerhin stand der Grosse Rat mit 97:4 Stimmen hinter der Vorlage, und es gibt keine sachlichen Widerstände. Man kann einfach keinen Finanzausgleich schaffen, bei dem auch noch die stärksten Gemeinden profitieren.

Sie haben die FDP scharf kritisiert, mit dem Referendum betriebe sie Wahlkampf.

Ja, das ist so. Vor allem FDP-Politiker aus dem Oberengadin haben das Referendum ergriffen. Beim NFA-Projekt meines Vorgängers, von der FDP notabene, das eine dreifach höhere Mehrbelastung für die Oberengadiner Gemeinden vorgesehen hatte und das vom Bündnervolk knapp abgelehnt worden war, gab es von den genau gleichen FDP-Exponenten erstaunlicherweise Unterstützung ...

Dann ist Ihre Vorlage wohl zu kompliziert.

Das System ist dasselbe wie damals, die Vorlage ist gesamthaft schlanker und für die Geber noch moderater. Und genau darum verstehe ich den Widerstand jetzt nicht. Es gibt allerdings ein Argument, das ich gelten lasse: Wenn nämlich die Oberengadiner Gemeinden sagen, sie wollten generell nicht so viel in den Finanzausgleich zahlen. Aber wenn die FDP dann gleichzeitig beteuert, sie wolle sich für die armen, peripheren Regionen im Kanton einsetzen und für einen fairen Ausgleich sorgen, dann geht das für mich nicht auf. Das sind

vorgeschobene Argumente, das ist Oberengadiner Wahlkampf.

Und dann kämpfen Sie ja auch noch gegen die roten Zahlen in der Bündner Rechnung.

Ja, der Finanzhimmel ist wirklich getrübt als auch schon.

Bis anhin war jeweils nur das Budget rot. Jetzt auch die Rechnung.

Das stimmt, aber die Rechnung 2013 muss man differenziert betrachten. Operativ haben wir gut gearbeitet, wir haben einen Einnahmenüberschuss. Wegen der neuen Rechnungslegungsvorschriften HRM2 wurde das Ergebnis negativ, weil wir alle Aktiv- und Passivposten neu bewerten mussten. Und weil die Repower-Aktien, die sich im Besitz des Kantons befinden, im letzten Jahr an Marktwert verloren, führte dies zu einer tieferen Bewertung.

In guten Zeiten konnte man mit dem alten Modell tiefstapeln und in schlechten die Situation beschönigen. Das geht nicht mehr.

Ja. Jetzt wird transparent, was wir haben. Deshalb weisen wir jetzt ein Eigenkapital von rund 2,7 Milliarden Franken aus. Das ist erfreulich, gibt uns aber nicht mehr Spielraum im operativen Bereich.

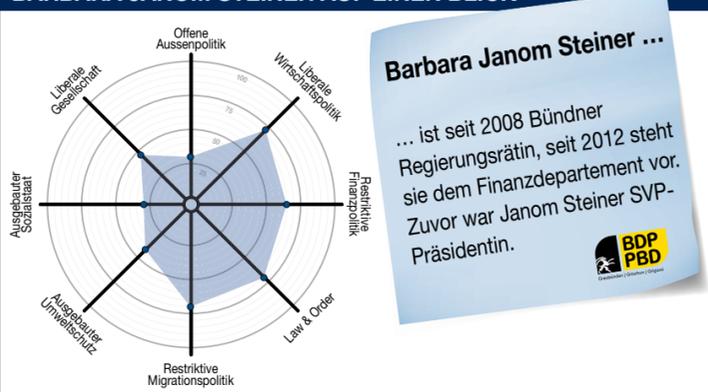
Wenn Graubünden ein derart hohes Eigenkapital ausweist, steigt der Druck aus dem Mittelland. Man will nicht mehr so viel Geld nach Graubünden schicken, sei es in Form von Finanzausgleich, sei es in Form von Wasserzinsen.

Diesen Druck stellen wir fest, ganz generell. Ein Grund ist zum Beispiel, dass der Bund viele kostenintensive und dynamische Bereiche den Kantonen zugewiesen hat, etwa die Spitalfinanzierung. Wir haben damals darauf hingewiesen, dass diese neue Finanzierung zu massiven Mehrkosten für die Kantone führen wird. Das ist jetzt eingetreten, bereits ein Dutzend Kantone schreibt rote Zahlen. Jetzt kommen auch die Geberkantone unter Druck und damit natürlich auch wir als Nehmerkanton.

Das könnte Graubünden an die Substanz gehen.

Das könnte uns an die Substanz gehen, ja.

BARBARA JANOM STEINER AUF EINEN BLICK



Barbara Janom Steiner ...
 ... ist seit 2008 Bündner Regierungsrätin, seit 2012 steht sie dem Finanzdepartement vor. Zuvor war Janom Steiner SVP-Präsidentin.

Haben Steuersenkungen in den nächsten vier Jahren für Sie Priorität?	Ja
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	eher Ja
Befürworten Sie die Einführung eines Mindestlohns von 4000 Franken für eine 100-Prozent-Stelle?	Nein
Haben Sie der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» zugestimmt?	Nein
Soll die Schweiz innerhalb der nächsten vier Jahre EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	Nein

Lesen Sie die ausführlichen Antworten auf www.suedostschweiz.ch/wahlen Quelle: www.smartvote.ch/www.sotomo.ch, Grafik: Die Südostschweiz